



**GEGEN WEIßE ALTE MÄNNER IST DIE JUSTIZ UNERBITTLICH**

## **Hildesheim: Schwarzfahrender Opa (75) fährt in den Bau**

Von PLUTO | Acht(!) Staatsanwaltschaften jagten einen 75-jährigen Hildesheimer Schwarzfahrer, bis sie ihn zur Strecke gebracht hatten. Der alte weiße Mann wird jetzt für 110 Tage eingeloht.

Unsere Justiz ist edel, weise, gerecht und unerbittlich – vor allem gegenüber den „neuen Deutschen“. Wer das Glück hat, auf „schwarzem Ticket“ fahren zu können, kann mit viel Milde und Verständnis rechnen. [Erst am Freitag](#) schenkte Richter Klaus Reinhoff vom Bonner Landgericht einem Menschen aus Ghana 1,5 Jahre Strafrabatt, der sich als brutaler Vergewaltiger betätigt hatte („Come out, Bitch, I want to fuck you – zu deutsch: Komm raus, Schlampe, ich will dich ficken“).

Je weißer die Hautfarbe, so scheint es, desto härter fällt die Strafverfolgung aus. Den wohnungslosen Menschen, der vor 75 Jahren in Hildesheim geboren wurde, trifft die volle Härte des Gesetzes, weil er gegen die Regeln des Bahnfahrens verstößt. Er geriet zu dem wohl meistgesuchtesten Opa in Deutschland.

Sein Verbrechen: der Mann reiste durchs Land, ohne zu bezahlen. Vielfach wurde er erwischt und ermahnt. Da kennt die

deutsche Justiz kein Erbarmen. Die Staatsanwaltschaften in Hannover, Münster, Siegen, Bielefeld, Aschaffenburg, Hagen und Hildesheim setzten ihn auf die Fahndungsliste, [berichtet die Hildesheimer Allgemeine](#).

Am Donnerstag erwischten Kontrolleure den Senior im Bahnhof Hamm mal wieder ohne gültigen Fahrausweis. Weil er zur Festnahme ausgeschrieben war, landete er direkt im Knast.

Im Juni 2017 hatte die Hildesheimer Justiz den Mann am Wickel, weil er den ICE nach Göttingen ohne Ticket benutzte und keine Strafe zahlen wollte. Die Folge: Strafbefehl über 100 Euro oder 20 Tage Bau. Weil er sich nicht im Gefängnis einfand, Fahndung!

Die Mühlen der Justiz mahlten unerbittlich. Zusammen mit den Haftbefehlen der Staatsanwaltschaften Giesen und Aschaffenburg summierten sich die Fälle auf 110 Tage Haft. Über 1.700 Euro für einen Freikauf verfügte der als wohnungslos geführte Senior nicht oder wollte sie nicht bezahlen. Jetzt kommen auch die Fälle der restlichen vier Staatsanwaltschaften gegen ihn ins ins Rollen. Ordnung muss schließlich sein, Alter schützt vor Strafe nicht.

Allerdings seien folgende Fragen erlaubt: Wird hier vielleicht ein 75jähriger Obdachloser gejagt, bis er zur Strecke gebracht ist? Gibt es keine anderen Mittel? Ist er überhaupt zurechnungsfähig? Welche und wieviele Anwälte haben ihn verteidigt? Steht die extreme Strafverfolgung in angemessenem Verhältnis zu den vergleichsweise harmlosen Taten. Oder soll hier lediglich ein Exempel am deutschen Schwarzfahrer exerziert werden?

Denn im Teint etwas dunklere Schwarzfahrer kommen offenbar oftmals glimpflicher davon. So hatte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer selbst fünf junge Araber ohne Fahrschein in der Bahn entdeckt, ein Foto gemacht und ins Netz gestellt. Ein [gewaltiger Shitstorm](#) war ihm sicher.

Sofern die „neuen Deutschen ohne Fahrschein“ überhaupt beim Schwarzfahren zur Kasse gebeten werden, dürfte ihnen das generell am Allerwertesten vorbei gehen. Wenn das Geld mangels Masse, unklarer Identität später nicht eingetrieben werden kann, bezahlt das zuletzt der Steuerzahler. Wer aber Pech hat und Deutsch-Deutscher ist, egal wie alt oder vermögend, fährt in den Bau. Sonst könnte ja jeder kommen.

---



## **„Flüchtlinge“ diskriminiert!**

Von CHEVROLET | Zugegeben, eines können Moslems, Schwarze und „Flüchtlinge“ (die ja meist Moslems und/oder Schwarze sind) besonders gut: Jammern und sich als die armen Opfer darstellen. Dazu kommen dann noch die Bestmensen (früher: Gutmenschen), die begierig alles aufgreifen und herausposaunen. Ihnen wird natürlich alles geglaubt, zum Beispiel beim Wassertaxi-Service übers Mittelmeer, und der Rede von fürchterlicher Diskriminierung.

Eine solche fürchterliche Diskriminierung hat jetzt Focus online aufgedeckt und mit einem geradezu [herzzerreißennden Artikel](#) bekannt gemacht: „Sozialprojekt in der Hauptstadt – Flüchtlinge unerwünscht! Berliner kämpft gegen Erniedrigung auf dem Wohnungsmarkt“.

Da gibt es also eine „Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Berliner Wohnungsmarkt“, getragen sinnigerweise vom

„Türkischen Bund Berlin-Brandenburg“ (TBB) und „Urban Plus“, einer natürlich gender-korrekten „Forschungs- und Moderationsfirma“, die natürlich im RRG-Berlin von staatlichen Aufträgen zu leben scheint, [wie die Website zeigt](#).

In der genannten „Fachstelle“ ist der vermutliche Ur-Berliner Remzi Uyguner tätig und widmet sich dem Kampf gegen die angebliche Diskriminierung der Goldstücke. Seit vier Monaten gebe es die „Fachstelle“ und schon jetzt lägen dem „Berliner“ 35 Anfragen von vermeintlichen Opfern vor!

Uyguner wird zitiert:

*„Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist leider gang und gäbe. Von der Vermieterseite heißt es dann: für Leute, die Arbeitslosengeld beziehen, haben wir keine Kontingente oder wir vermieten nicht an Flüchtlinge. Die angegebenen Gründe für eine Ablehnung sind unterschiedlich. Mal sei es die Befürchtung vor zu lauter Musik, mal die Angst vor Vermüllung oder es liegt an zu vielen Kindern. Insbesondere bei Geflüchteten hören wir immer wieder von zwei Ausschlusskriterien bei der Vermietung: Sprache und Haushaltsgröße.“*

Die Sprache sei das Problem, denn der arme „Flüchtling“ könne die Verträge nicht verstehen (vermutlich vielfach nicht einmal lesen), oder auch Anweisungen der Feuerwehr im Brandfall beachten. Das wird den Vermietern vorgeworfen, die sich nicht dankbar darüber freuen mögen, dass ihnen durch die bunten Mieter mit ihren lebenswerten heimischen Gebräuchen das Haus abbrennen könnten.

Die meisten Diskriminierungsmeldungen kämen aus dem „Unterstützernetzwerk der Geflüchteten“, und noch 25.000 „geflüchtete“ Glücksritter müssten „teils unter menschenunwürdigen Verhältnissen zusammengepfercht in Notunterkünften“ leben.

Was Uyguner und seine Hintermänner freilich ignorieren, ist die Tatsache, dass immer wieder Berichte von Verwüstungen von Wohnraum durch die Goldstücke bekannt werden. [PI-NEWS zum Beispiel berichtete](#) erst vor wenigen Tagen von einem ehemaligen Hotel in Wien, das von den „Schutzsuchenden“ in eine Ruine verwandelt wurde. Die Liste solcher „Einzelfälle“ ist geradezu endlos lang.

Diese Diskriminierung sei ein Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), betont der weise „Berliner“. Mithin könnte man dagegen klagen, was ja insbesondere abgelehnte Asylbewerber bekanntermaßen besonders gerne tun. Freilich gibt Uyguner zu, dass eine erfolgreiche Klage natürlich auch keine Wohnung bringt, aber Geld. Das ist natürlich auch hochwillkommen, wenn es schon mit Haus und Auto und [„blonde Deutsch-Frau“](#) nichts wird.

90.000 Euro gibt es für die Fachstelle „fair mieten, fair wohnen“ für zwei Jahre. Das sei wenig, befindet der Autor des Artikels. Und Uyguner findet das sagenhafterweise auch.

Freilich, es geht auch anders, wie der Autor dieses Artikels weiß. Da wird von einem Vermieter eine Eigentumswohnung vermietet, in einem gefragten Gebiet, im eher ländlichen Raum. Seit einiger Zeit wohnen dort, nach dem Wegzug des vorherigen Mieters, „Flüchtlinge“, männlich, jung, sowie eine Kopftuchträgerin mit Kind in drei Zimmern. Dafür bekommt der Vermieter 3000 Euro im Monat „vom Amt“, und dazu das „gute“ Gefühl etwas für „Flüchtlinge“ zu tun, von normalen deutschen Mietern wären das vielleicht 500 Euro kalt.

Das ist natürlich keine Diskriminierung im bunten Merkelland des Jahres 2017.

---



# Kölner Gastronom ruft zum Boykott Sachsens auf

Von INXI | Ignoranz, Dummheit und das Negieren von Fakten treiben immer seltsamere Blüten. In Plauen (Sachsen) ist seitens der Stadt ein [Street-Food-Festival](#) geplant. Deutsche würden die zweitägige Veranstaltung als Markttreiben bezeichnen, auf der internationale Speisen und Getränke angeboten werden.

Der Veranstalter fragte unter anderem auch den Kölner Caterer [Andreas Hagemeyer](#) an, der als Heimatstadt Phnom Penh, die Hauptstadt Kambodschas, angibt. Der „Kölner“ sagte der Stadt Plauen allerdings ab; nichts Ungewöhnliches, eine Banalität – könnte man meinen. Nicht jedoch im Falle Hagemeyer, der seine Absage [öffentlichkeitswirksam](#) wie folgt begründet:

*„So gesehen hat Street-Food gar nichts in Sachsen zu suchen. Wir stehen auch nicht dafür zur Verfügung, dass Sachsen sich als weltoffen darstellt, während rundrum ständig Asylunterkünfte unter dem Beifall der Nachbarn abgefackelt werden. Ein Boykott dieser Regionen ist sicher das probatere Mittel, um Missstände zu bekämpfen.“*

Desweiteren ruft Hagemeyer andere Gastronomen dazu auf, das Bundesland Sachsen zu meiden. Es scheint sich nicht bis zum Kölschen Jung im kambodschanischen Dschungel herumgesprochen zu haben, wer für den Verlust der inneren Sicherheit in

sächsischen und anderen deutschen Städten verantwortlich zeichnet.

Selbst die Zustände in Köln und dem Kalifat NRW scheint der Herr Hagemeyer nicht zu kennen – oder schlimmer: er findet nichts Verwerfliches an täglichen Vergewaltigungen, Überfällen, Messerstechereien und anderen Verbrechen seitens der Invasoren! [Brandstiftung](#) im großen Stil gehört dort genau so zur kulturellen Bereicherung wie in Sachsen [auch](#).

Was sagt die Polizei zur [Kriminalität in Plauen](#)? Sprecher Oliver Wurdak, Polizeidirektion Zwickau: Der Anteil ausländischer Straftäter sei „deutlich gestiegen“. „Mehrheitlich verübt diese Tätergruppe Straftaten unter anderen Nichtdeutschen.“

So gesehen hat Hagemeyer sogar Recht, wenn er sich Sorgen um seine ausländischen Mitarbeiter macht. Es sei ihm anempfohlen, zum Jahreswechsel seine Dienste auf der Domplatte in Köln anzubieten. Halal, versteht sich!

---

**Auch EU will Mutter  
abschaffen**



Nicht immer lernt die Schweiz von der EU. Bei wirklich

wichtigen Dingen ist es manchmal auch umgekehrt ([PI berichtete](#)). So will auch die EU jetzt die Diskriminierung der Frau abschaffen und eine geschlechterneutrale Sprache einführen. Dabei wird sorgfältig darauf geachtet, dass Diskriminierung im Namen des Islam erlaubt bleibt.

Denn Burka und Niquab, weibliche Genitelverstümmelung, Zwangs- und Kinderehen oder die Steinigung sind kein Thema. Getreu den Visionen George Orwells („[1984](#)„) wird vor allem Neusprech [eingeführt](#):

*Der Europarat will den Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen verschärfen – und empfiehlt den Mitgliedsstaaten die Verwendung „nicht sexistischer Sprache“! Sogar das Wort „Mutter“ gilt manchen Europa-Bürokraten als problematisches Klischee!*

Warum es problematisch ist, Mutter zu werden oder zu sein, wird uns leider nicht gesagt. Doppelplusgut ist es natürlich, wenn die Mutter ein islamisches Kopftuch trägt!

*Unter anderem sei die Darstellung von „Frauen zu Hause“ ein traditionelles Rollenbild, das die Gleichstellung der Geschlechter hemme, heißt es in einer Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Rates.*

*Ursprünglich hatte die sozialistische Schweizer Nationalrätin Doris Stump sogar wörtlich gefordert, dass Frauen nicht mehr „als passive und minderwertige Wesen, Mütter oder Sexualobjekte“ dargestellt werden sollen.*

Bisher haben wir es doch tatsächlich als positiv empfunden, Mutter zu sein, quasi als großes Glück. Gott sei Dank klären verbitterte, kinderlose Emanzen uns darüber auf, dass es sich hierbei um eine Art Krankheit handelt! Zu meiden wie die Pest, außer natürlich, sie trägt ein islamisches Kopftuch.

*Der Rat empfiehlt den 47 Mitgliedsstaaten jetzt, die*



Verwendung „nicht-sexistischer Sprache“ in den Behörden voran zu treiben.

Die Schweizer Hauptstadt Bern gilt als besonders fortschrittlich, setzt die grundsätzliche Bevorzugung „geschlechtsabstrakter Personenbezeichnungen“ wie „Elternteil“ oder (seltener) „Elter“ statt „Vater“ und „Mutter“ schon um.

Und die Bundeskanzlei empfiehlt den Beamten des Alpenstaats im Leitfaden „Geschlechtergerechte Sprache“ zahlreiche weitere neutralisierte Begriffe:

- Statt „Anfängerkurs“ soll es „Grundkurs“ oder „Einstiegskurs“ heißen.
- Der „Besucherparkplatz“ wird zum „Gästeparkplatz“.
- „Buchhalterdiplom“? Nein, besser „Buchhaltungsdiplom“!
- „Fußgängerzone“ = „Flanierzone“.
- „Führerausweis“ (also „Führerschein“) = „Fahrausweis“
- „Kaminfegerdienst“ = „Kaminfegedienst“
- „Lehrerzimmer“ = „Pausenraum“
- „leserfreundlich“ = „lesefreundlich“
- „Mannschaft“ = „Team“ oder „Gruppe“.
- „Mitarbeitergespräch“? Lieber „Beurteilungsgespräch“.
- „Patientenzimmer“ = „Behandlungszimmer“

Die BILD schließt mit dem/der SeufzerIn: „Solange wir sonst keine Sorgen haben...“ . Die/der EU/In wird uns schon sagen, welche Sorge/Innen wir haben...

(Spürnase: Freak)

---

# Merkel: Sarrazins Äußerungen sind diffamierend



Das hat gerade noch gefehlt: Die Kanzlerin schaltet sich in die Sarrazin-Diskussion ein. Sarrazins Bemerkungen ließen die Bundeskanzlerin „nicht ganz kalt“. Sie findet sie „überhaupt nicht hilfreich“ für die Integration von Ausländern in Deutschland.

„Da müsste ein ganz anderer Ton angeschlagen werden.“ Nun, dann kann sie uns ja zeigen, wie man Moslems „richtig“ integriert. Legt sie bereits den Grundstein für die nächste Große Koalition, in der sie sich offensichtlich deutlich wohler gefühlt hat? Jeder will dabeigewesen sein, wenn die Sau durchs Dorf getrieben wird. Wobei jeder auch noch draufsatteln will, was langsam schwierig wird. Der Zentralrat der Juden empfiehlt Sarrazin allen Ernstes den Eintritt in die NPD. Das ist an Impertinenz wirklich nicht mehr zu überbieten. Die Kanzlerin, die bei der medialen und politischen Hetze unbedingt mitmischen will, [sagte](#):

*Thilo Sarrazin provoziert – jetzt auch die Kanzlerin. Angela Merkel findet die Äußerungen des umstrittenen Bundesbankers zu Ausländern in Deutschland „äußerst verletzend und diffamierend“. Der Zentralrat der Juden empfiehlt dem Sozialdemokraten den Eintritt in die NPD.*

*Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in scharfer Form auf die jüngsten Äußerungen von Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin reagiert. Dessen Sätze seien „äußerst verletzend,*

*diffamierend und sehr polemisch zugespitzt“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch in Berlin.*

*Sarrazin hatte erklärt, 40 Prozent der muslimischen Migranten lebten von Transfer-Leistungen.*

Frau Merkel, wie wäre es mit einem Beweis des Gegenteils?

Derweil will sich Siegmund Gabriel inhaltlich mit Thilo Sarrazin auseinandersetzen (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)), aber er ist einfach zu sensibel, um sich mit dessen „gewalttätiger“ Sprache zu beschäftigen. Die gewalttätige Sprache des Koran hingegen bereitet ihm wohl keine Kopfschmerzen, und wenn im Internet Moslems zum Terror und Linke zu Polizistenmorden aufrufen, hat der SPD-Chef bekanntlich weniger Probleme. Sarrazin sei ein „mediensüchtiger Besserwisser“, und der SPIEGEL [bedauert](#), dass man ihn nicht einfach aus der SPD rausschmeißen kann.

*Für ein hartes Vorgehen liegen die Hürden höher. Das macht die Lage für Gabriel nicht einfacher. Er weist jetzt ausdrücklich darauf hin, dass man für einen Parteiausschluss letztlich gerichtsfeste Beweise brauche.*

*Der Druck von außen auf die SPD, gegen Sarrazin vorzugehen, ist groß. Die Grünen warfen dem Politiker an diesem Dienstag „Hasstiraden“ vor. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Volker Beck, sagte: „Wem auf gesellschaftliche Herausforderungen in einer multikulturellen Demokratie nur Beschimpfungen der ohnehin schon Benachteiligten einfallen, hat nicht verstanden, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist.“*

*(...)*

*Sarrazin befürwortete „die gesetzliche Diskriminierung von Muslimen“, kritisierte der Interkulturelle Rat in Deutschland, in dem neben Religionsgemeinschaften auch Gewerkschaften, Kommunen und Wissenschaftler vertreten sind. „Um Muslime diskriminieren zu können, ist Sarrazin*

*offensichtlich auch zu einer Grundgesetzänderung bereit. Das ist Rassismus pur“, sagte der Vorsitzende Jürgen Micksch.*

*Die Berliner SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration protestierte schon am Montag: „Nun haben wir es schwarz auf weiß: Sarrazins Positionen sind diffamierend und gefährlich populistisch. Für uns ist Sarrazin schon lange kein Sozialdemokrat mehr.“ Der Berliner Linksfraktionschef Udo Wolf nannte Sarrazins Äußerungen unerträglich, rechtspopulistisch und an Volksverhetzung grenzend. „Der Ex-Senator beurteilt Menschen lediglich nach der Verwertbarkeit für sein persönliches Wohlbefinden.“*

*Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, der sich mit Fragen der Integration und Zuwanderung beschäftigt, kritisierte, Sarrazin bringe „dort, wo er Recht hat, nichts Neues und dort, wo er neu ist, meist eine groteske Mischung von statistisch verbrämten Halbwahrheiten, Vorurteilen, Unterstellungen und böartigen Verallgemeinerungen“. Das Gremium bezeichnete Sarrazin als „mediensüchtigen Besserwisser“.*

Und anstatt die doppelzüngigen Grünen und Linken, deren MenschenrechtsexpertInnen keinerlei Kritik am Islam oder am Sozialismus zulassen, in ihre Schranken zu weisen, redet Gabriel ihnen nach dem Munde.

Das 2004 verstorbene SPD-Mitglied Martin Neuffer durfte 1982, damals, als es noch erlaubt war, die Wahrheit zu sagen, [schreiben](#):

*Eine radikale Neuorientierung der Bonner Ausländerpolitik fordert der langjährige hannoversche Oberstadtdirektor, Städtetagpräsident und NDR-Intendant Martin Neuffer, 57. In seinem soeben erschienenen Buch „Die Erde wächst nicht mit“ Martin Neuffer: „Die Erde wächst nicht mit. Neue Politik in einer überbevölkerten Welt“. Verlag C. H. Beck, München; 195 Seiten; 17,80 Mark. plädiert der linke Sozialdemokrat dafür,*

die Einwanderung von Türken in die Bundesrepublik „scharf“ zu drosseln und auch das Asylrecht „drastisch“ auf Europäer zu beschränken.

(...)

Bei Emigrationen in Länder gleicher Sprache und verwandter Kultur sind die Belastungen noch am geringsten. Wenn arbeitslose englische Facharbeiter nach Australien auswandern, wo sie gebraucht und mit offenen Armen aufgenommen werden, so gibt es da sicher keine strukturellen, sondern höchstens vorübergehende persönliche Schwierigkeiten. (...)

Da, wo die Umsiedlung in einen sprachlich und kulturell ganz fremden Raum stattfindet, wird der Vorgang problematisch. Sind es einzelne oder wenige, die diesen Schritt tun, so kann die Integration in die neue Umgebung gelingen – mag sie auch mindestens die beiden ersten Generationen besonders belasten. Handelt es sich um größere ethnische Gruppen, die sich im fremden Kulturkreis ansiedeln, so wird die Chance der Integration teils erschwert, teils auch bewußt abgelehnt.

Das amerikanische Beispiel ist instruktiv. Aus eingewanderten Mexikanern werden keine englischsprechenden Nordamerikaner. Sie bringen ihre spanische Kultur und Sprache mit und bilden eine eigene Gesellschaft. In Wirklichkeit handelt es sich dabei gar nicht um eine Einwanderung, deren Ziel immer die Integration im aufnehmenden Land ist, sondern um eine Art friedlicher Landnahme. Zwischen 1980 und 2000 wird für Mexiko ein Bevölkerungszuwachs von 42 Millionen Menschen erwartet zu den 67 Millionen, die es dort jetzt schon gibt. Welcher Druck von diesem Wachstum ausgehen wird, ist leicht auszumalen. Ein großer Teil wird sich tatsächlich in den USA abspielen.

Ein anderes abschreckendes Beispiel sind die asiatischen Minderheiten in Großbritannien. Tatsache bleibt, daß ihre S.39 Integration offenbar weithin mißlungen ist, daß sie in einer unterprivilegierten Gettosituation leben, zum Teil in kriminelle Verhaltensweisen abgleiten und zu allem anderen

*auch noch zur Herausbildung von Reaktionen des Rassenhasses bei der eingesessenen weißen Bevölkerung Anlaß geben. Am Ende stehen dann jene grausamen Straßenschlachten und Stadtteilverwüstungen, die an die brennenden Negerviertel der nordamerikanischen Großstädte erinnern.*

Was würde die SPD heute sagen? Neuffer nachträglich rausschmeißen? Sich von ihm distanzieren? Wir wissen es nicht, aber wir wissen, dass SPD und Grüne in Umfragen derzeit [weit vor](#) der CDU/FDP-Koalition liegen.

*(Spürnasen: Mister Maso, Fritz H., Christiane, Antivirus und Micha K.)*

---

## **Bewerbungen ohne Angaben**

✘ Um angeblich Migranten und Frauen (?) vor „Diskriminierung“ zu schützen, werden einige Firmen ab September auf Bewerbungen zurückgreifen, die nichts aussagen (PI [berichtete](#)). Also kein Alter, kein Name, kein Geschlecht... Egal, ob die Arbeitgeber dagegen sind. Sie müssen als Feindbild aufgebaut und gegängelt werden. Und ein lückenloser Lebenslauf erlaubt keine Rückschlüsse auf das Alter? Am besten verbieten wir den auch.

Die Tagesschau [schreibt](#):

*„Bei Bewerbungen haben Frauen mit Kindern, ältere Menschen oder Bewerber mit ausländisch klingenden Namen deutlich schlechtere Chancen als andere,“ beklagt die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders. Sie verweist auf eine aktuelle Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und der Universität Konstanz. Diese belegt, dass Bewerber mit einem türkischen Namen bei der*

Stellensuche benachteiligt werden. Bei einem Feldversuch war ihre Chance auf eine Einladung zu einem Vorstellungsversuch um bis zu einem Viertel geringer als bei Bewerbern mit einem deutschen Namen.

Lüders Behörde startet deshalb im September eine Pilotstudie zur Anonymisierung von Bewerbungen, an der insgesamt fünf Firmen teilnehmen. Ziel ist es, dass Unternehmer nur aufgrund der fachlichen Qualifikation eines Bewerbers entscheiden, ob die Person zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird oder nicht. Der Kosmetikkonzern L'Oréal und der Konsumgüterhersteller Procter & Gamble werden bei dem Testlauf mitmachen. Die anderen drei Unternehmen sollen am Mittag bekannt gegeben werden.

Ab September werden diese Firmen testen, ob anonyme Bewerbungen älteren Kandidaten, Frauen oder Ausländern bessere Jobchancen bringen. In dem anonymisierten Verfahren werden Anschreiben und Lebenslauf verändert. Der Name und die Adresse des Bewerbers dürfen nicht in den Unterlagen auftauchen, denn ersteres lässt Rückschlüsse auf die Herkunft zu und zweiteres auf den sozialen Status des Interessenten.

Außerdem legt der Bewerber seinen Unterlagen kein Foto bei und gibt weder Geburtsdatum noch Familienstand an. So soll eine Diskriminierung aufgrund des Alters oder der Herkunft verhindert werden. Menschen über 50 Jahre und Bewerber mit ausländischem Namen würden nunmal „häufig zuerst vom Stapel der Bewerbungen aussortiert,“ sagte Lüders dem „Hamburger Abendblatt“.

Die Arbeitgeber sind gegen diessen Schwachsinn. Sie wissen vermutlich nicht, dass türkische Abkömmlinge die besseren Schulabschlüsse haben. So erfolgt das Aussortieren dann eben im Vorstellungsgespräch.

---

# Free Melilla!



Eine Blockade der unbeachteten Art trifft derzeit die spanische Enklave Melilla an der afrikanischen Mittelmeerküste. Die Stadt, die ebenso wie Ceuta der ungehinderten Invasion von Schwarzafrikanern und Moslems in die europäische Union im Wege ist, wurde von Marokko von Lebensmittel Lieferungen abgeschnitten. Proteste des spanischen Königs zeigen ebenso wenig Wirkung wie die wachsweißen Dialüangebote des sozialistischen Ministerpräsidenten Zapatero.

Die [FAZ berichtet](#) aus Melilla:

*Zwei angebliche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – das „Komitee für die Befreiung von Ceuta und Melilla“ und die „Zivilgesellschaft des Nordens Marokkos“ – verhinderten dort mit Duldung der marokkanischen Polizei die Versorgung der Märkte mit Fisch und anderen frischen Lebensmitteln.*

*In der nächsten Woche sollen die Maßnahmen, die sich gegen „rassistische“ Übergriffe der spanischen Grenztruppen gegen Marokkaner und schwarzafrikanische Migranten richten, auf Baumaterialien ausgedehnt werden. Die Demonstranten, die Lastwagen und Lastträger an der Grenze stoppten und zurückwiesen, wollen außerdem einen zweitägigen Streik*



*marokkanischer Hausangestellter in Melilla durchsetzen.*

*Der Präsident der spanischen Stadt, Juan José Imbroda, der eine „kalkulierte Strategie“ Marokkos hinter den Aktionen vermutet, über deren Motive er aber rätselt, sagte dazu in einem Interview mit der Zeitung „El País“: „Wenn König Mohamed VI. es will, sind die Spannungen vorbei.“ Er fügte hinzu, dass im Fall der weiteren Unterversorgung der Märkte Lebensmittel vom spanischen Festland eingeführt würden. Im Übrigen, so sagte er mit Hinweis auf die finanziellen Einbußen der Nachbarn, „schießen sie sich in den eigenen Fuß“.*

*Während die Nichtregierungsorganisationen bei ihren Kundgebungen auf der marokkanischen Seite der Grenze ein „Ende des spanischen Kolonialismus“ in Ceuta und Melilla forderten – in der anderen spanischen Stadt kam es bislang noch nicht zu Boykotten -, klagten die Spanier über „Provokationen“ von „Agitatoren“. Vertreter der spanischen Grenztruppen bestritten jede „Diskriminierung“ oder „Misshandlung“ von Maghrebinern und Afrikanern. Sie beschwerten sich ihrerseits über ständige Angriffe auf die eigenen Beamten sowie Tötlichkeiten und Beschimpfungen insbesondere weiblicher Mitarbeiter der Polizei. Mitglieder der NGOs, die mehrere spanische Frauen in Uniform fotografiert hatten, verwendeten die Bilder für Fotomontagen auf Plakaten, auf denen die spanischen Polizistinnen mit blutigen Händen dargestellt sind.*

*Die spanische Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero behielt ihren Beschwichtigungskurs einstweilen bei und entsandte keinen Emissär nach Rabat, um direkt über den Konflikt und seine mutmaßlichen Ursachen zu beraten. Außenminister Miguel Ángel Moratinos ist im Urlaub. Die spanische Opposition kritisierte derweil, dass die Regierung gleich in der ersten Phase der Auseinandersetzung „den König als Außenminister benutzt“ und damit schon ihr wirkungsvollstes Mittel ohne erkennbares Ergebnis eingesetzt*

*habe. Zapatero, der die Vermittlungsofferte des König vor ein paar Tagen bei einer Begegnung auf dessen Feriendomizil auf Mallorca angenommen hatte, sagte im Anschluss nur, man setze mit Rabat auf „Dialog“, die Beziehungen seien „ausgezeichnet“.*

Das geforderte „Ende des spanischen Kolonialismus“ dürfte nichts anderes bedeuten, als die restlose Übergabe der traditionsreichen spanischen Städte Melilla und Ceuta an die Moslems. Beide Orte verdienten sich einstmals Ruhm als Garnisonsstädte der spanischen Fremdenlegion, die heute zu den besten Elitetruppen Europas zählt und im Süden Spaniens besonders bei den Prozessionen der Karwoche, wie hier in Malaga 2010, noch ihre besondere Verbundenheit mit den Traditionen der christlichen Kultur demonstriert.

Das alte Motto der stolzen Legion – Viva la Muerte – wird von heutigen spanischen Politikern offenbar missverstanden. Es handelt sich nicht um eine Aufforderung zum Selbstmord.

*(Spürnase: John A.)*

---

**Ground Zero-Moschee: Obama macht Rückzieher**



US-Präsident Barack

Obama hat seine zunächst geäußerte Unterstützung für die Moschee am Ground Zero in New York ([PI berichtete](#)) nach massiven Protesten der 9/11-Opferverbände relativiert. In Florida sagte Obama am Samstag, er habe lediglich das Recht der Muslime betont, wie alle anderen auch ihre Religion auszuüben.

Die [Welt](#) berichtet:

*US-Präsident Barack Obama hat sich nach langem Zögern in die Debatte um den umstrittenen Bau einer Moschee an New Yorks Ground Zero eingeschaltet. Nachdem er das Projekt zunächst unter Hinweis auf die Religionsfreiheit unterstützte, relativierte Obama seine Äußerungen nach scharfer öffentlicher Kritik.*

*Der Präsident hatte anlässlich eines Essens zum Fastenbrechen im Ramadan im Weißen Haus noch erklärt: „Muslime haben das Recht, ihre Religion auszuüben, wie jeder andere in diesem Land“. Einen Tag drauf sagte er: „Ich werde die Weisheit der Entscheidung nicht kommentieren, eine Moschee dort einzurichten.“*

*Das Recht zur freien Religionsausübung dürfe durch nichts erschüttert werden, sagte der Präsident. „Das schließt das Recht auf den Bau eines Gotteshauses und eines Gemeindezentrums auf Privatgrund in Lower Manhattan ein, solange es den örtlichen Gesetzen entspricht.“ Obama verwies auf den ersten Zusatz zur amerikanischen Verfassung, der die Religionsfreiheit garantiert und eine Diskriminierung aus religiösen Motiven verbietet.*

Die "Welt" schreibt weiter:

*Vor allem Konservative, aber auch Opferverbände hatten auf die Unterstützung des Präsidenten mit scharfer Kritik reagiert. „Barack Obama hat Amerika an einem Ort verlassen, wo das Herz Amerikas vor neun Jahren gebrochen wurde, und wo ihre wahren Werte für alle zu sehen waren“, erklärte am Samstag Debra Burlingame von der Organisation „9/11 Families for a Safe & Strong America“ (Familien des 11. September für ein sicheres und starkes Amerika). Nach einer Umfrage des Fernsehsenders CNN lehnen 68 Prozent der US-Bürger den Bau der Moschee ab. 29 Prozent befürworten ihn.*

Eine Umfrage, die FoxNews veröffentlichte, kommt zu ähnlichen Ergebnissen, zeigt aber deutlich besser die Konfliktpunkte auf: Auf die Frage, ob es angemessen sei, in der Nähe von Ground Zero eine Moschee zu erbauen, äußern 30% es sei angemessen, während 64% das nicht so sehen, und lediglich sechs Prozent hierzu keine Meinung haben. Auf die Frage jedoch, ob die Muslime ein Recht haben, die Moschee in der Nähe von Ground Zero zu bauen, sagen 61% das Recht haben sie, während dieses Recht von 34% bestritten wird. Hier sind es 5% Unentschiedene.

Nachdem Obama sich aber nun einmal in die Debatte eingemischt hatte, wollte er sich genau zu dem Punkt, der von Interesse ist und der ihm die harte Kritik eingebracht hat, nicht mehr äußern: Warum wird die Moschee, die im Übrigen eine von [über 100 Moscheen in New York City](#) (!) wäre, genau an diesem Ort gebaut?

Es wäre auch interessant zu erfahren, warum der Imam das Angebot nicht annimmt, die Moschee auf einem öffentlichen Grundstück in New York zu errichten, das vom Ground Zero weiter entfernt ist? ([PI berichtete](#)).

Auch äußerte sich Obama nicht dazu, dass der Imam die USA für die Anschläge vom 11. September 2001 mitverantwortlich macht.

Da Obamas langjähriger Priester und geistiger Mentor Jeremiah Wright den USA das gleiche unterstellt, dürfte ihm diese Behauptung nicht einmal negativ aufgefallen sein. Warum sich Obama aber auch nicht zu der Sichtweise des Imams bezüglich Scharia äußert, da er sich schon einmal in die Debatte eingemischt hat, macht doch stutzig. Obama äußert sich lieber zu dem Aspekt, der am wenigsten umstritten ist, um dann nichts mehr zu sagen, wenn es schwierig wird.

Dieser Moscheebau hat und wird noch mehr „Westler“ davon überzeugen oder vielmehr ihnen vor Augen führen, dass eine Moschee nicht nur ein Gotteshaus ist. Seit Jahrtausenden drückt der Mensch über Architektur seine Botschaften an seine Mitmenschen aus. Und so wie die Terroristen um die Signalwirkung der Twin Tower des World Trade Centers wussten, so weiß der Imam vom Ground Zero um die Botschaft der von ihm geplanten Moschee. Man könnte ihm auch dankbar sein, wievielen er damit nun endgültig beigebracht haben dürfte, für was eine Moschee steht. Sie ist in Stein gewordener Herrschaftsanspruch und Zeichen des Triumphes oder wie es der [türkische Ministerpräsident Erdogan](#) ausdrückt:

*„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“*

- » PI vom 7.6.: [5000 Demonstranten gegen Megamoschee in NYC](#)
  - » BILD: [Zehn Gründe, warum Obamas Stern so schnell sinkt](#)
-

# Blick fordert Geschlechterdiskriminierung



Auch in der Schweiz sind linke Schmierfinken, die bei den Qualitätsblättern hocken, schnell mit der Nazikeule zur Stelle. Hier vertritt die Blick das „Recht“ der Geschlechterdiskriminierung für moslemische Mädchen. Und wer für Turnunterricht und Kopftuchfreiheit eintritt, ist ganz klar ein Rechter.

Das Boulevardblatt Blick [schreibt](#), von „berichten“ kann man kaum reden:

*Die St. Galler Gemeinden sollen das Tragen von Kopftüchern und andern Kopfbedeckungen in der Schule verbieten. Dies empfiehlt der Erziehungsrat in einem Kreisschreiben.*

*Der Grund: Diskussionen um Kopftuch tragende Schülerinnen hätten in Einzelfällen zur Störung des Unterrichts und des Schulbetriebs geführt, wie heute die St. Galler Staatskanzlei schreibt. Deshalb brauche es klare Richtlinien.*

*«Es besteht Unsicherheit und Unklarheit in den Schulen», erklärte Bildungsdirektor Stefan Kölliker (SVP) gegenüber dem Regionaljournal Ostschweiz von Radio DRS. Kölliker ist auch Präsident des Erziehungsrats, der das Kreisschreiben formuliert hatte.*

*(...)*

*Laut Kölliker wird damit die Religionsfreiheit nicht*

tangiert. Das Kopftuch sei «kein religiöses Symbol», betont der Bildungsdirektor. Das Kopftuch könne deshalb genau gleich wie eine Wollmütze oder eine Dächlikappe in der Schule verboten werden.

Im Kanton Zürich hatte der Kantonsrat Anfang 2010 ein Kopftuchverbot für die Schulen diskutiert, dann aber mit 104 zu 65 Stimmen abgelehnt. Die SVP hatte per Motion ein «Gleichbehandlungsgesetz» gefordert.

Mit dem Kopftuchverbot und dem Zwang für alle Schülerinnen, am Turnunterricht teilzunehmen, wollte sie «die Schweizer Wertordnung in der Schule durchsetzen». Die andern Parteien erachteten solche Vorschriften als unnötig, weil nur eine sehr kleine Minderheit der Muslime in der Schule auf traditionellen Vorstellungen beharre.

Und als nächstes verteidigen die linken Schmierjournalisten das „Recht“ moslemischer Mädchen und Frauen auf Beschneidung, Misshandeltwerden, Zwangsheirat und Ehrenmord.

(Spürnasen: Christophorus und Robert S.)

---

**“Diskriminierter” Omar T.  
mordet acht Kollegen**



Der 34-jährige Fahrer eines Biergroßhändlers mit dem „südländisch“ anmutenden Namen Omar T. (Foto) schoss heute im US-Bundesstaat Connecticut wahllos auf Leute auf dem Firmengelände und tötete dabei acht seiner Arbeitskollegen. Anschließend richtete sich Omar T. selbst.

Über die möglichen Motive des Täters gibt es widersprüchliche Angaben. Die örtlichen Medien vermuten ihn jedoch selbst in der Opferrolle:

*Die Lokalzeitung „Hartford Courant“ spekuliert über Rassismus als Motiv der Tat. Das Blatt zitiert eine Frau, deren Tochter acht Jahre lang mit T., einem Schwarzen, liiert gewesen sei. Demnach sei T. am Arbeitsplatz wegen seiner Hautfarbe gemobbt worden.*

SpOn [berichtet](#):

*Omar T. sei über das Gelände gelaufen und habe wahllos auf Menschen geschossen, sagte Gewerkschaftsvertreter John Hollis der „New York Times“. „Er kam, um sich mit den Chefs zu treffen, und dann war hier plötzlich die Hölle los“, sagte Hollis. „Er zog die Waffe und rannte durchs Lager.“*

*Bei einem der Opfer soll es sich um den stellvertretenden Firmenchef handeln, Angaben dazu wollte die Polizei jedoch erst nach Gesprächen mit den Angehörigen der Toten machen.*

Gemäß dem auf SpOn verlinkten Video arbeitete der Fahrer Omar T. erst seit kurzem für den Biergroßhändler. Seine aufgestaute



Wut infolge angeblicher „Diskriminierung“ muss sich demnach in sehr kurzer Zeit entwickelt haben und direkt eskaliert sein. Ob die Tat mit den von Biergroßhändlern üblicherweise verkauften Mengen an Haram-Alkohol oder der kulturell-religiösen Herkunft Omar Ts. in Zusammenhang steht, ist anhand dieser Angaben nicht auszumachen. „Unschuldig“ ist er sowieso. Er ist ein Schwarzer und man war garstig zu ihm. Oder?

CBS News [ergänzt](#), die Schießerei hätte zu der Tageszeit stattgefunden, wo am meisten Leute im Gebäude waren und Omar T. mit der größten Menge an Opfern rechnen konnte – kommt uns das jetzt irgendwoher bekannt vor? T., der von CBS als Thornton benannt wird, stand eine Entlassung wegen Diebstahlvorwürfen bevor. Insgesamt muss der Amokläufer mindestens auf elf Menschen geschossen haben, wovon acht gestorben sind und einer sich [noch in Lebensgefahr](#) befindet.

Auf die Diskriminierungsvorwürfe angesprochen [meinte der offizielle Teamsprecher](#) Christopher Roos:

*„Das hat mit Rasse nichts zu tun. Das ist ein verärgertes Angestellter, der einen Haufen Leute erschossen hat.“*

Reuters Video zum Fall:

(Spürnase: [Daniel Katz](#))

---

## Frankreich: Burkini-Frauen aus Freibad geworfen



In einem französischen Schwimmbad hat der Rauswurf von zwei mit „Burkinis“ bekleideten Frauen aus dem Wasserbecken zu [heftigen Auseinandersetzungen](#) geführt. Der Ehemann einer der Frauen bedrohte den Bademeister daraufhin mit seinen Boule-Kugeln, so dass die Polizei anrücken musste, berichtet die Präfektur der Region Aude in Südfrankreich. Der Direktor des Ferienzentrums von Rives des Corbières versicherte, es gebe keine „Diskriminierung“ der muslimischen Urlauber. Die Präfektur hob hervor, das Kleidungsverbot gelte aus hygienischen Gründen in allen französischen Schwimmbädern, überall müssten Badeanzüge oder Badehosen getragen werden.

---



## Lokalbetreiber dürfen sich nicht mehr wehren

☒ In Österreich dürfen Lokalbetreiber künftig nicht mehr ihre vernünftigen Gäste schützen oder ihren Erfahrungsschatz mitbestimmen lassen: „Du bist Moslem, dich lasse ich nicht in mein Lokal“ , ist künftig nach dem „Anti-Diskriminierungsgesetz“ verboten und kann eine Schadensersatzklage nach sich ziehen. (Foto: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek)

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) [ist begeistert](#):

*Bisher konnte man Schadenersatz nur bei Diskriminierungen wegen des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit verlangen, künftig soll man auch Diskriminierungen aufgrund von Religion, Weltanschauung, sexueller Orientierung und Alter einklagen können. So steht es in der Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz, die Frauen-Ministerin Gabriele Heinisch Hosek am Montag in Begutachtung geschickt hat. „Mietwohnung nur an Inländer – das ist in Zukunft verboten. Da kann man Schadenersatz verlangen. Oder in Lokalen ist es verboten nicht zu bedienen, wenn jemand eine andere Hautfarbe hat oder eine Frau ein Kopftuch trägt.“*

*Dieser Diskriminierungsschutz soll auch für das Umfeld einer Person gelten, die Diskriminierung ausgesetzt ist. So darf etwa das Kind eines homosexuellen Elternteils bei der Aufnahme in den Kindergarten nicht benachteiligt oder abgelehnt werden.*

Letzteres kommt wahrscheinlich nie vor. Oft dagegen werden Schwule von Moslems diskriminiert, bedroht und attackiert. Ob die dann auch klagen dürfen?

*(Spürnase: Andreas J.)*

---

**Anonyme Bewerbungen zur Antidiskriminierung**



Für Bewerbungen, die nichts aussagen, konnte die Leiterin der steuerfinanzierten Antidiskriminierungsstelle, Christine Lüders, fünf große Unternehmen gewinnen. Die Bewerbungen, die kein Foto enthalten, haben weder Namen, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort, noch Familienstand.

Dürfen die Bewerber denn auch Stellvertreter zum Vorstellungsgespräch und zur Probezeit schicken, oder haben alle einen Sack über dem Kopf?

Die FAZ [schreibt](#):

*In Deutschland beginnt ein Pilotprojekt mit anonymisierten Stellenbewerbungen. Das hat die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, angekündigt. „Wir haben drei große deutsche Unternehmen aus dem Dax und zwei internationale Konzerne dafür gewinnen können“, sagte Lüders dieser Zeitung in Berlin. Dazu gehörten die Konsumgüterhersteller Procter & Gamble sowie LOréal.*

*(...)*

*Lüders räumt ein, dass dies nicht vor Vorurteilen im weiteren Einstellungsverfahren schütze. Wenn ein Arbeitgeber letztlich bei seiner Personalentscheidung trotzdem jemanden diskriminiere, komme allenfalls eine Klage wegen Verstoßes gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Betracht. „Doch manchmal ist es schon Gold wert, überhaupt eingeladen zu werden, um gegen die Schere im Kopf anzukommen“, sagte Lüders.*

Am besten verbietet man Firmen ganz, eine Auswahl zu treffen.

Denn spätestens beim Vorstellungsgespräch zeigt sich ja, ob der Bewerber zumindest deutsch kann. Was das mit „Schiere im Kopf“ zu tun hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

*Als besonderes Problem bezeichnet Lüders „Mehrfachdiskriminierungen“ – etwa wenn eine junge Frau türkischer Herkunft mit Kopftuch und schlechten Deutschkenntnissen einen Arbeitsplatz oder eine Wohnung nicht erhält. Dort kommen möglicherweise Geschlecht, Herkunft, Alter und Religion der Betroffenen als Gründe für eine Diskriminierung zusammen. Typische Beschwerden kommen auch von jungen Männern etwa aus Afrika oder arabischen Ländern, die von einem Türsteher nicht in eine Diskothek eingelassen wurden. Als Hauptziel für ihre weitere Arbeit nennt Lüders eine stärkere Vernetzung der unterschiedlichen Beratungsstellen vor Ort. Außerdem will sie die Gesellschaft für das Problem der Diskriminierung sensibilisieren.*

Wofür sollen wir sensibilisiert werden? Dass moslemische Zuwanderer oft die Sprache nicht beherrschen und keinen Schulabschluss haben?

*Grundsätzliche Zweifel am Nutzen der Antidiskriminierungsstelle, die den Steuerzahler jährlich 2,8 Millionen Euro kostet, hat dagegen der Düsseldorfer Wirtschaftsprofessor Justus Haucap angemeldet. Der Vorsitzender der Monopolkommission empfiehlt die Abschaffung der Berliner Behörde mit ihren 22 Mitarbeitern und dem Beirat von 17 Personen. Der Wirtschaft würden nach einer Studie mehr als 1,7 Milliarden Euro Bürokratiekosten durch das AGG entstehen. Es habe eine deutlich Zunahme von Klagen gegeben. Haucap meint, das deutsche Zivil- und Arbeitsrecht biete schon genug Schutz vor Diskriminierung; die Berliner Stelle sei „absolut überflüssig“.*

Ja, was denn? Sie sichert Arbeitsplätze, noch dazu für einen guten Zweck!

(Spürnase: *LupulusLotarius*)

---



## Radolfzell: Demonstration gegen Henning Mankell



Gestern fand in Radolfzell am Bodensee eine Lesung des schwedischen Bestsellerautors Henning Mankell (Foto r.) für sein neues Buch «Der Feind im Schatten» statt. Einige Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Jüdischen Gemeinde Konstanz demonstrierten vor der Lesung und warfen Mankell, der im Mai an Bord der pro-palästinensischen Solidaritätsflotte war ([PI berichtete](#)), die Verbreitung anti-israelischer Parolen vor.

Der [Südkurier](#) schreibt:

*Vertreter der jüdischen Gemeinde Konstanz und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bodensee demonstrierten am Montagabend vor Beginn der Lesung des schwedischen Schriftstellers Henning Mankell im Milchwerk. Sie verteilten Flugblätter mit Fragen an Henning Mankell und zeigten die*

*israelische Fahne. Die jüdischen Demonstranten werfen dem Schriftsteller vor, antisemitische und antiisraelische Parolen zu verbreiten.*

*Der Schriftsteller Henning Mankell befand sich an Bord des Schiffes Mavi Marmara, das Ende Mai mit weiteren Schiffen Hilfsgüter in den Gaza-Streifen bringen wollte. Die israelische Armee hatte den Konvoi mit Gewalt aufgehalten, es wurden mehrere Menschen dabei getötet. Die für Anfang Juni geplante Lesung des Schriftstellers musste daher verschoben werden und wurde vor zahlreichem Publikum in Radolfzell nachgeholt. Zu Ende seiner sehr unterhaltsamen Lesung ging Mankell kurz auf diese Aktion ein: Er wolle den Dialog mit allen und kämpfe überall gegen Diskriminierung. Außerdem seien zwei seiner besten Freunde Juden.*

**Das Argument kennt man von den Nazis – als ob das ein Beweis dafür wäre, kein Antisemit zu sein!?**

*Mehr habe er dazu nicht zu sagen, schließlich gehe es an diesem Abend um Literatur. Die jüdischen Vertreter hatten auf eine offene Diskussion gehofft und empfanden diese Reaktion als Enttäuschung und „Armutszeugnis“.*

**Hier die Fragen, die die Vertreter der Jüdischen Gemeinde auf ihrem Flugblatt an Mankell gerichtet haben:**

*War Ihnen bekannt, in welcher Gesellschaft Sie sich auf der Mavi Marmara befanden? Dass z.B. Mitglieder der Islamic Foundation for Human Rights (IHH) an Bord waren, die engen Kontakt zum Hamas Führer Ismail Haniyeh pflegen?*

*Weshalb kritisieren Sie die Verantwortlichen für den Mord an 5 Millionen Menschen im Kongo nicht, obwohl Sie vorgeben, Afrika so zu lieben? Weshalb verbreiten Sie anti-israelische Parolen?*

*Wissen Sie, dass 1 Million Juden ihre arabischen Heimatländer*

*nach 1948, der Entstehung des Staates Israels, verlassen mussten? Ist also eine „ethnische Säuberung“ dem Versuch eines Zusammenlebens vorzuziehen?*

*Wenn der NPD im Sächsischen Landtag das Wort entzogen wird, weil sie Israel einen Terrorstaat nennt, sollte man dann mit Ihnen nicht dasselbe tun, da Sie den gleichen Standpunkt vertreten?*

Von den bislang 21 Kommentaren unter dem [Südkurier-Artikel](#) sind die Mehrzahl israelfeindlich – PI-Leser werden gebeten, diesem Umstand Abhilfe zu verschaffen.

---

## **Rassismuskeule gegen schwule Gewaltopfer**



Das ist Political Correctness wie sie leibt und lebt: Erst sich einen Flug von Amerika nach Berlin und einen Aufenthalt im Adlon, dem teuersten Hotel der Stadt, bezahlen lassen, um einen Preis entgegenzunehmen, und dann diesen ablehnen. So geschehen beim CSD durch die amerikanische Philosophin [Judith Butler](#). Die findet nämlich, dass man die Wahrheit nicht sagen darf, wenn diese nicht korrekt ist. Zum Beispiel ist es rassistisch, zu sagen, Türken würden Schwule zusammenschlagen, wenn Türken Schwule zusammenschlagen.

Der Tagesspiegel [berichtet](#) über den drastischen Vorfall (Hervorhebungen von uns).

Zunächst nutzte die Grünen-Vorsitzende Künast die Gelegenheit, sich bei der Laudatio für die Preisträgerin öffentlich zum



Narren zu machen, indem sie unter lauten Protesten des Publikums den Namen der Amerikanerin immer wieder falsch aussprach.

*Kurz zuvor hatte Renate Künast, Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, die Laudatio gehalten und dabei Kritik aus dem Publikum geerntet, weil sie Butlers Namen mehrfach falsch aussprach.*

Pech für die Grüne.

Doch dann kam es noch besser: Butler lehnte die Annahme des Preises überraschend ab. Der Tagesspiegel berichtet weiter:

*In ihrer Rede schlug Butler vor, den Preis lieber antirassistisch arbeitenden Vereinen zu geben wie „Gladt“, „Suspect“ oder „ReachOut“. Tülin Duman, Geschäftsführerin von Gladt, freut sich über die Haltung der Gender-Aktivistin. „Wir erleben immer wieder, wie einzelne Vertreter von Homosexuellenverbänden sich rassistisch äußern“, sagt sie. Sätze darüber, dass Türken und Araber „homophober sind“, bestärkten eine Mehrfachdiskriminierung. Auch seien falsch geführte Statistiken von Hilfsvereinen ein Problem, in die Einschätzungen der Täter wie „Ich glaube, es war ein Türke“ aufgenommen würden. „Wir spüren in der Paradeszene ein Rücken nach rechts“, sagt Duman.*

Gut zu wissen. Statistiken, die den wahren Sachverhalt wiedergeben, sind gefälscht, und Hinweise zum Täter sind rassistisch, wenn der Täter Türke ist.

» SZ: [„Du schwule Sau – das hört man oft“](#)

(Spürnase: Frank S.)